Suhler Andere Zeitung

32. Jahrgang / Nr. 375 Okotober 2023 Preis: eine Spende

Landesparteitag vom 23.-24.09.23

Auf der 1. Tagung des 9. Landesparteitages der Thüringer LINKEN am 23. und 24. September wurde der neue Landesvorstand gewählt.

Ende August haben wir in einer außerplanmäßigen Gesamtmitgliederversammlung unsere Delegierten für den Landesparteitag gewählt. Aufgrund eines Fehlers unsererseits hätten wir allerdings fast eine Person zu wenig nach Erfurt geschickt. Neben Ilona Burandt, Ronja Lenz, Philipp Weltzien und Klaus Lamprecht durften wir nach Absprache mit der Landesgeschäftsstelle noch Heidi Schwalbe entsenden, die sonst als Nachrückerin fungiert hätte.

Am 23. und 24.09. war es nun soweit und die Delegierten des Landesverbandes Thüringen trafen sich auf dem Messegelände in Erfurt, um den Landesvorstand und dessen Geschäftsführung, die Landesfinanzrevisionskommission, die Landesschiedskommission und den Bundesausschuss zu besetzen und einige inhaltliche Anträge abzustimmen.

Aus Erfurt hielten Steffen Kachel als Vorsitzender des Ortsverbandes und Anke Hofmann-Domke als Bürgermeisterin die ersten Grußworte. Auch Vertreter:innen der Liga der freien Wohlfahrtsverbände, der SPD und der Grünen, des DGB und des VdK berichteten von ihrer Arbeit, ihren Sorgen, aber auch ihren Hoffnungen für das Wahljahr 2024.

Die Landesvorsitzenden stellten die beiden Anträge mit grundlegendem Interesse vor. Der Antrag „Thüringen ist Chancenland“ fordert mehr Solidarität, füreinander einstehen, gemeinsam kämpfen, mehr Wir-Gefühl, sich umeinander kümmern und Sicherheit. Vor allem in den aktuellen Krisenzeiten. Die Durchsetzung linker Werte auch auf kommunaler Ebene verlangt der Antrag „Thüringer Kommunen mit Zukunft für alle: demokratisch, vielfältig und lebendig“. Ganz unter dem Parteitagsmotto „Miteinander. Füreinander.“ Wurden beide Anträge ohne Gegenstimmen beschlossen.

Anschließend stiegen wir in die Wahlen des geschäftsführenden Landesvorstandes ein. Die beiden Vorsitzenden, Ulrike Grosse-Röthig und Christian Schaft wurden in ihrem Amt bestätigt. Deren Stellvertreter:innen wurden Birgit Pommer und Daniel Starost. René Kolditz löst Mathias Günther als Geschäftsführer ab und Holger Hänsgen bleibt Landesschatzmeister.

Im geschlossenen Frauenplenum stellte Lara Albert, stellvertretende Vorsitzende der LAG Frauennetzwerk die Ergebnisse des Plenums vom April vor, in dem interaktiv ausgearbeitet wurde, was feministische Politik in Kommune, Land und Europa und in der Außenpolitik braucht. Die Zusammenfassung dessen wurde als Erklärung beschlossen und später dem Landesparteitag präsentiert. Im offenen Teil des Plenums hielt Daphne Weber aus dem Bundesvorstand der Partei eine bewegende Rede über die aktuelle Lage und die Zukunft von feministischer Politik und dem Alltag vieler Frauen. Karola Stange stellte den aktuellen Stand zum Chancengleichheitsfördergesetz im Landtag vor. Zu Feminismus gehört allerdings auch Queerfeminismus und deshalb bekam Torge Dermitzel aus der LAG Queer die Plattform, um eine Grundsatzrede zu halten. Für seine bewegenden Worte über Diskriminierung von Menschen, die nicht in das heteronormative Weltbild passen, und deren Angst, bekam er berechtigt standing ovations.

Am zweiten Tag wurden Heike Werner, Linda Stark, Anja Müller, Sarah Schwarz, Nancy Frind, Donata Vogtschmidt, Luise Schönemann, Michael Lemm, Leon Walter, Paul Gruber, Wolfgang Albold, Matthias Marquardt und Björn Harras als Beisitzer in den Vorstand gewählt.

Vierzehn allgemeine Anträge mit den Themen Umgang mit künstlicher Intelligenz, soziale Familienpolitik, Klimapolitik, Antifaschismus, Barrierefreiheit, Diskriminierung, Mieten, quereinsteigende Lehrer:innen, Radwegenetz, Werkstätten für Menschen mit Behinderung, Digitalisierung der Schulen, sozialer Freistaat und Kitas wurden beschlossen.

– Ronja Lenz –

Unsere Suhler Deligierten v.l.n.r. Philipp, Ronja, Ilona, Klaus, Heidi, Helmut

Weltfriedenstag

Am 1. September, dem Weltfriedenstag, versammelten sich rund 20 engagierte Bürgerinnen und Bürger, darunter Mitglieder von Vereinen, Parteien und der Suhler Friedensinitiative am Rathaus in Suhl. Unter dem Motto "Die Welt braucht Frieden" setzten sie in der Stadt des Friedens, ein starkes Zeichen gegen Krieg und Gewalt.

Ina Leukefeld, als Beigeordnete der Stadt Suhl und Matthias Gering, der Vorsitzende des Kulturausschusses hatten dazu aufgerufen.

Unter anderem der Bürgermeister Jan Turczinski ergriff das Wort und machte anhand seiner Familiengeschichte deutlich, ohne Frieden ist alles nichts.

In einer Zeit, in der weltweit Konflikte und Kriege andauern, betonten Ina Leukefeld und Matthias Gering die Notwendigkeit, gegen Krieg und Gewalt einzutreten. Besonders der aggressive Krieg in der Ukraine , angeführt von Putin, erhöhte die globale Gefahr und betraf auch Europa. Die Flüchtlingskrise, die daraus resultierte, erforderte Solidarität mit den betroffenen Menschen, insbesondere den Ukrainerinnen und Ukrainern.

Die Veranstaltung machte auch auf die verheerenden Auswirkungen von Kriegen auf die Umwelt aufmerksam, indem sie Krieg als den größten Klimakiller weltweit identifizierte. Die Teilnehmer betonten ihren Glauben an Diplomatie und Verhandlungen als Mittel zur Konfliktlösung und lehnten ein Gleichgewicht des Schreckens ab, das zu einem atomaren Inferno führen könnte.

Diese bewegende Veranstaltung war ein Aufruf zur Unterstützung des Weltfriedens und markierte das Ende der Sommerpause und wieder den Beginn regelmäßiger Mahnwachen der Suhler Friedensinitiative, die jeden Donnerstag von 16 bis 17 Uhr am Dianabrunnen stattfinden werden.

Die Botschaft des Weltfriedenstags in Suhl war klar: Die Welt braucht Frieden, und gemeinsam können wir dazu beitragen, ihn zu fördern und zu bewahren.

– Steffen Hartwig –

Ein kurzer Blick hinter die Kulissen des Linken Landesparteitags

Steffen Hartwigs Erlebnisse

Erfurt, 24. September 2023 – Der Landesparteitag der Linken in Thüringen bot nicht nur politische Diskussionen und wichtige Entscheidungen, sondern auch einen Einblick in die entspannte Atmosphäre und die kleinen Kuriositäten, die solche Veranstaltungen begleiten.

Als Gast aus dem Stadtverband Suhl der Linken war ich, Steffen Hartwig, gespannt auf das, was mich erwartete. Der Parteitag fand im Saal der Messe Erfurt statt, einem beeindruckenden Veranstaltungsort. Doch ich musste feststellen, dass sich das politische Geschehen nicht nur im Saal abspielte. Die "Raucherinseln" wurden zu einem zweiten Ort der lebhaften Diskussionen und Gedankenaustausche, die genauso bedeutend schienen wie die offiziellen Tagesordnungspunkte.

Die Linke in Thüringen hat an diesem Tag bedeutende Beschlüsse gefasst. Ein Highlight war die Entscheidung, mit einem "Thüringer Sozialstaat-Modell" in den Landtagswahlkampf 2024 zu gehen. Diese Initiative zeigt das Engagement unserer Partei für soziale Gerechtigkeit und den Wunsch, die Zukunft des Bundeslandes aktiv mitzugestalten.

Die Wiederwahl der bisherigen Vorsitzenden, Ulrike Grosse-Röthig und Christian Schaft, unterstrich die Kontinuität und das Vertrauen in die amtierende Führung. Auch ich wagte mich in die politische Arena und kandidierte als Suhler für den Landesvorstand. Trotz großartiger Unterstützung aus meinem Stadtverband fehlten mir am Ende nur zwei Stimmen, um erfolgreich zu sein. Doch das ist Politik, und ich werde sicherlich weiterhin mein Bestes geben, um die Interessen meiner Genossinnen und Genossen zu vertreten.

Eine kleine Anekdote am Rande: Als ich mir zwischendurch ein Wasser auf dem Parteitag kaufen wollte, war ich überrascht, dass ich dafür 4 Euro bezahlen musste. Wasser, ein Menschenrecht, dachte ich mir. Aber es sind wohl nicht alle Aspekte des Lebens so politisch korrekt wie unsere Diskussionen auf dem Parteitag.

Insgesamt war der Landesparteitag der Linken in Thüringen ein aufschlussreiches und unterhaltsames Erlebnis. Die entspannte Atmosphäre, die vielfältigen Diskussionen und die wichtigen Beschlüsse machen deutlich, dass die Linke in Thüringen für die Herausforderungen der Zukunft gut gerüstet ist.

– Steffen Hartwig –

Suhler ANDERE Zeitung Mitteilungsblatt der Partei DIE LINKE.Suhl, erscheint monatlich im Selbstverlag | **Preis:** eine Spende | **Herausgeber:** DIE LINKE. Stadtvorstand Suhl, Rimbachstraße 20, 98527 Suhl | **Tel./Fax:** 03681/4121173 | **Web:** www.die-linke-suhl.de | **Email:** rgeschaeftsstelle@die-linke-suhl.de
IBAN DE59 8405 0000 1705 0071 51 | **BIC** HELADEF1RRS, Rhön-Rennsteig-Sparkasse Suhl
V.i.S.P.: Ronja Lenz | Alle Autoren arbeiten ohne Honorar. Einzelne Beiträge müssen nicht in jedem Falle mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen
Redaktionsschluss unserer November-Ausgabe 2023 ist am 22.10.2023.

Von Brandmauern und Steuersenkungen

Blick in den Thüringer Landtag (Foto:Archiv, www.thueringer-landtag.de)

Als am Morgen des 14. September der Thüringer Landtag seine Plenarsitzung fortsetzte, war klar, dass der Vormittag dem vorgelegten Landeshaushalt gehört. Schnell war klar, dass die wichtigsten Eckpunkte rot-rot-grüner Landespolitik weiterhin abgebildet sind, der Spielraum für große Projekte aber überschaubar bleibt. Insgesamt steigt in 2024 das Haushaltsvolumen um 700 Millionen hin zu 13,8 Milliarden Euro. Vorallem der satte Bonus von knapp 350 Millionen Euro für die Thüringer Kommunen schlägt teuer zu Buche, ist aber gut investiertes Geld. Weitere 190 Millionen fließen zusätzlich in neue Stellen bei Schule, Polizei und Justiz. Der von einer CDU-Regierung beschlossene Stellenabbaupfad und der allgemeine Fachkräftemangel hat große Löcher in diesen Bereichen gerissen. Deshalb sehen wir uns in der Verantwortung in diese Stellen zu investieren. Der Rest geht fast vollständig für allgemeine Preissteigerungen drauf.

Vor diesem Hintergrund verwirrt es, dass die CDU ein Forderungspapier auf den Tisch gelegt hat, welches knapp 650 Millionen Euro Mehrkosten verursacht, darunter auch eine Grunderwerbssteuersenkung. Das war den Christdemokraten glatt 48 Millionen Euro pro Jahr wert. Unter dem Deckmantel der Familienförderung soll der Steuersatz von 6,5 auf 5,0 Prozent sinken. Das wäre ja noch halbwegs erträglich, wenn es dabei um den Erwerb der Erstimmobilie ginge, die CDU wollte aber ALLE davon profitieren lassen. Ein Fest für Anleger und Spekulanten! Für Familien ist das Signal: Wenn sie sich keine Wohnung leisten können, sollen sie doch Häuser bauen... Dieser absurden Forderung haben wir als LINKE im Haushalts- und Finanzausschuss eine Absage erteilt.

Mario Voigt brauchte aber den Erfolg, schließlich hatte er viel versprochen. Wie gut er es mit seinen Großanlegern und Miethaien meint, wurde klar, als die CDU mit der AfD zusammen diesen Antrag mit der FDP durch den Haushaltsausschuss peitschten. Es endete in einer letzten Abstimmung im Plenum kurz nach der ersten Haushaltsberatung. Die von der Finanzministerin vorgetragenen verfassungsrechtlichen Bedenken hinsichtlich des Haushaltsvorgriffes wurden weggewischt. Es ging um die Machtdemonstration und dazu war jedes Mittel recht. Die viel zitierten Brandmauern der CDU nach Rechts stehen nur so lange, wie sie nützlich sind. Neoliberale und sozialverachtende Politik lässt sich mit der AfD praktisch vereinbaren. Anstatt für ALLE ein drittes beitragsfreies Kindergartenjahr zu finanzieren oder Demokratieprojekte auszubauen oder in den Klimaschutz zu investieren, verbrennt die CDU jedes Jahr ohne Not 48 Millionen Euro. Das war vermutlich nur ein Vorgeschmack auf die kommenden Monate. Die mangelnde Distanz zur AfD ist real und der Schrecken längst verloren. Zur Show lässt sich die CDU von Björn Höcke wie am Nasenring durchs Plenum schleifen, in Wahrheit fühlen sie sich wohl mit der neuen Machtoption. Was für ein unglaublicher Irrweg.

–Philipp Weltzien –

Pflegeversicherung : Vom Kopf auf die Füße stellen

Es war gut, dass auf der Tagesordnung der 37. Sitzung des Sozialausschusses das Thema Pflege stand. Zunächst informierten die Träger von Pflegeeinrichtungen über die Lage der zu Pflegenden, ihren Familienangehörigen und der Dienstleister. Da blieb nichts unausgesprochen. Den Aufschlag macht Gudrun Vestner, die als FDP-Stadträtin selbst den Johannespark als privates Pflegeheim leitet. Ihr ging es um Bürokratie, um die Differenzen von Pflegekräften und Leiharbeitern in der Pflege, um die Abwälzung von Ausbildungsumlage und Investitionszulage auf die Pflegeplatzkosten, die ständig gestiegen sind. Sie können von den Betroffenen kaum mehr bezahlt werden. Herr Kunze, Geschäftsführer der Volkssolidarität, warnte davor, dass die Preise in absehbarer Zeit auf etwa 3000€monatlich für einen Platz in stationärer Pflege steigen werden, wenn nichts passiert. Aber was sollte passieren ? Das Thema ist nicht neu und die Position der Linken eigentlich bekannt. Eigentlich! Deshalb habe ich als Ausschussmitglied nicht nur Fragen gestellt, sondern auch unseren Standpunkt dargelegt. MdL Philipp Weltzien konnte der Einladung, wie auch die anderen MdLs, leider nicht folgen, weil zur gleichen Zeit Landtagssitzung war.

Was also ist unsere Position:

Die Pflegeversicherung erfüllt jetzt ihren Auftrag nicht mehr, denn wir brauchen eine solidarische Pflegevollversicherung für alle Bürgerinnen und Bürger, in die auch alle einzahlen. Diese Versicherung muss sämtliche Kosten abdecken - ganz ohne Eigenanteile. Wir müssen zudem die Pflege wieder in gemeinnützige Strukturen überführen, denn sie sollten Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge sein. Menschenwürdige Pflege ist ein Menschenrecht und keine Privatangelegenheit, die noch dazu abhängig ist vom Geldbeutel der Betroffenen und ihren Familien.

Es kann doch nicht sein, dass eine Frau, die ihr ganzes Leben gearbeitet hat, vier Kinder groß zog und jetzt unter Demenz leidet, seit Wochen auf die Bestätigung des Zuschusses zur Finanzierung des Pflegeplatzes warten muss. Ihr Mann hat als betroffener Bürger im Ausschuss anschaulich geschildert, dass die Rente reicht nicht, um Kosten für Pflege zu finanzieren. Der Bundestagsabgeordnete Manfred Ullrich (FDP) war als einziger Politiker anwesend und hat versucht, einiges zu erklären, obwohl das nicht sein Fachgebiet sei. Leider hat er keine Antwort darauf gegeben, warum die FDP mit ihrem Bundesfinanzminister Lindner jetzt mit dem Haushalt 2024 die Zuschüsse zur Pflege kürzen will. Die Stadt Suhl muss ohnehin bisher für diejenigen, die wegen Pflege in die Sozialhilfe rutschen, im Jahr etwa 1, 4 Mio €Zuschuss zahlen. Muss! Denn es ist Pflichtaufgabe. Aber wie fühlt sich das für die Menschen an, die im Alter durch notwendige Pflege in absolute Armut rutschen? Die Kritik, dass tarifgerechte Bezahlung des Personals zwingend nötig ist, weil sonst keine Bezahlung von Pflegekassen erfolgt, kann ich nicht nachvollziehen. Pflegepersonal muss gut entlohnt werden und darf auch nicht in Zeitarbeitsfirmen abwandern, weil die besser bezahlen bzw. bessere Arbeitsbedingungen bieten. Das ist kontraproduktiv. Der ganzheitliche Ansatz der Pflege mit verbindlichem Personalschlüssel für alle Pflegeberufe muss für alle Betreiber auch einrichtungsübergreifend umgesetzt werden. Menschenwürdige Pflege kann und darf nicht auf Profit ausgerichtet sein. Im übrigen müssen die Kommunen in die Lage versetzt werden, Pflegeeinrichtungen auch in öffentliche Verantwortungen und demokratische Kontrolle zu bringen.

– Ina Leukefeld –

Termine Oktobber 2023

05.10.	16:00 Uhr	Friedenskundgebung am Dianabrunnen
09.10.	17:30 Uhr	Fraktionssitzung, Geschäftsstelle
12.10.	16:00 Uhr	Friedenskundgebung am Dianabrunnen
16.10.	17:30 Uhr	Fraktionssitzung, Geschäftsstelle
19.10.	16:00 Uhr	Friedenskundgebung am Dianabrunnen
21.10.	17:00 Uhr	Kinofilm Arena 196, Cineplex Suhl
23.10.	17:30 Uhr	Fraktionssitzung, Geschäftsstelle
24.10.	14:00 Uhr	Politcafé, Geschäftsstelle
25.10.	17:00 Uhr	Stadtrat, Altes Rathaus